

A12NEU32 Klima & Umwelt

Antragsteller*in: Stephan Wisotzki (Vorstand)

Tagesordnungspunkt: 1.3. Kapitel 1 - Klima & Umwelt

Text

Klimaschutz in Lübeck

Die Klimakrise ist bereits heute Realität und ihre Auswirkungen sind auch in Lübeck spürbar. Die Veränderung, die in jedem Bereich unseres Lebens und Wirtschaftens erfolgen wird und muss, können wir jetzt noch gestalten. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. Wir wollen in Lübeck einen deutlich höheren Beitrag leisten. Klimaschutz muss daher stets Priorität haben.

Die Lübecker Bürgerschaft hat bereits beschlossen, Treibhausgasemissionen bis 2030 zu halbieren (Basis 2019) und bis 2040 klimaneutral zu werden. Wir wissen allerdings, dass das nicht reicht, um die Pariser Klimaziele und das 1,5-Grad-Ziel zu halten. Deswegen werden wir alle verfügbaren Ressourcen nutzen, um Lübeck auf den Weg zur schnellstmöglichen Klimaneutralität bis 2035 zu bringen. Klima- und Sozialpolitik müssen zusammen gedacht und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen diesen Weg zu einer klima- und umweltgerechten Zukunft zusammen mit allen Lübecker*innen beschreiten.

Trotz der Ausrufung des Klimanotstandes 2019 sind in den letzten Jahren die politischen Weichen nicht konsequent in Richtung Klimaneutralität gestellt worden. Jedoch hat die Klimaleitstelle Lübeck unter Einbindung der breiten Öffentlichkeit einen Masterplan Klimaschutz entworfen.

Wir werden die zügige Umsetzung dieses Masterplans und aller weiteren erforderlichen Maßnahmen durchsetzen und diese, wo nötig, nachschärfen. Des Weiteren fordern wir, dass die Klimaleitstelle bei Vorlagen der Stadtverwaltung die Möglichkeit eines Einspruchs erhält, wenn diese nicht mit den Klimaschutzzielen der Stadt vereinbar sind.

Zu diesem Ziel soll die Klimaleitstelle finanziell und personell langfristig gesichert aufgestockt werden.

Die Beschränkung auf das Notwendige, die bewusste Auswahl von Materialien und die Optimierung von Aufwand zu Nutzen (Suffizienz, Konsistenz und Effizienz) sind die Grundlagen eines nachhaltigen Umgangs mit Umwelt, Ressourcen und Flächen, an die wir uns gebunden fühlen. Technische Maßnahmen stehen

gleichwertig neben Naturschutz, Landschaftsplanung und Flächenmanagement sowie Verhaltensanpassung.

Klimaschutz im Bau

Der Betrieb von Gebäuden hat einen hohen Anteil am Gesamtenergieverbrauch in Lübeck. Den größten Teil hiervon benötigen wir zur Beheizung. Dies führt zu einem hohen CO₂ Ausstoß. Ursache sind vor allem Gebäudehüllen ohne oder mit geringfügiger Dämmung, Fenster schlechter Qualität und eine Wärmeerzeugung, die überwiegend auf der Verbrennung fossiler Energieträger fußt.

Daraus folgen für uns konkrete Zielsetzungen.

Jeder Neubau muss im Bau und im Betrieb klimaneutral sein. Hierfür braucht es gute Dämmung für Energieeffizienz, die Nutzung alternativer Baustoffe und die Nutzung erneuerbarer Energie für die Wärme. Wir werden uns dafür einsetzen, in diesen Bereichen hohe Standards festzulegen.

Bei bestehenden Gebäuden muss der Energiebedarf durch Dämmung der Gebäudehüllen und moderne Fenster so weit wie möglich gesenkt werden, mindestens auf ein Niveau, dass eine effiziente Wärmeversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien ermöglicht. Die Wärmeversorgung muss klimaneutral werden. Dies gilt sowohl für einzeln versorgte Gebäude als auch für die Nah- und Fernwärmeversorgung in den Quartieren und Stadtvierteln.

Wir wollen nachwachsende, recycelte oder recyclingfähige Baustoffe bevorzugt verwenden..

Sanierungsoffensive

Alte Fenster und unzureichende Dämmung führen im Gebäudebestand derzeit zu erheblichen Heizwärmebedarfen, was nicht nur hohe Kosten, sondern auch wegen der Nutzung fossiler Energieträger hohe CO₂-Emissionen verursacht. Die hohen Kosten tragen wir alle: Kommune, Betriebe und Bürger:innen, wie wir es gerade in der Krise deutlich spüren. Wir werden deshalb eine Sanierungsoffensive starten! Bei kommunalen Gebäuden kann die Stadt tätig werden, für gewerbliche und private Gebäude wollen wir Förderungen und Beratungsangebote sowie mehr Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit schaffen. Unser Ansporn dafür ist die Verdopplung der aktuellen Sanierungsrate bis 2025.

Klimaneutrale Quartiere

Neben der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes steht in den Quartieren

die Schaffung einer energieeffizienten Infrastruktur und die effiziente Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien als Aufgabe im Vordergrund. Hierzu fordern wir die Erstellung eines Quartiers-Katasters im Rahmen der Erstellung des Kommunalen Wärmeplanes durch die Klimaleitstelle. Auf Marli und in St. Lorenz Nord wurde bereits mit solchen Konzepten begonnen. Wir werden uns für weitere Quartierskonzepte einsetzen und fordern die Begleitung durch Sanierungsmanager und die Schaffung und Besetzung der erforderlichen Stellen. Auch hierfür wollen wir auf die Fördermittel des Landes zurückgreifen. Um die notwendigen Schritte zu beschleunigen, halten wir die Erstellung einer Leitlinie für Quartier-Sofort-Maßnahmen für geeignet. Um die Möglichkeiten, Konzepte und Lösungen sichtbar zu machen unterstützen wir das Konzept von Sanierungsmessen in Quartieren, zur frühzeitigen Einbindung der Bürger*innen unterstützen wir die Einführung eines Runden Tisches Quartierssanierung. Ebenfalls dem Gedanken der Vermittlung und Sichtbarmachung folgend sind "gläserne Baustellen" zu schaffen.

Lübeck mit erneuerbaren Energien versorgen

Die Deckung unseres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien ist eine Kernanforderung einer klimaneutralen Zukunft

Die Deckung unseres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien ist eine grundsätzliche Erfordernis für eine klimaneutrale Zukunft. Die Energiepreisentwicklung im Rahmen des Ukrainekriegs hat uns allen erneut vor Augen geführt, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur klimapolitisch unumgänglich ist sondern auch wirtschaftlich erforderlich. Insbesondere, aber nicht nur einkommensschwache Bürger*innen sind mit den finanziellen Auswirkungen häufig existenzbedrohend überfordert.

Auch in Lübeck wollen wir unseren Beitrag leisten bei der dezentralen Erzeugung regenerativen Stroms. Aus geographischen Gründen existiert kaum Potential für Windenergie vor Ort, daher geht es dabei in Lübeck vor allem um die Bereitstellung von Gebäuden und Flächen für Photovoltaik. Eine der größten Herausforderungen ist die Wärmewende, bei der fossil erzeugte Wärme vor allem durch Wärmepumpen ersetzt werden muss. Dies gilt sowohl für den Austausch von Heizungen in privaten Haushalten und Unternehmen als auch für Nah- und Fernwärme

Klimaneutraler Strom für Lübeck

Mit den Dachflächen, insbesondere von kommunalen Gebäuden und Gewerbeobjekten sowie den sonst nur durch den ruhenden Verkehr genutzten Flächen auf Parkplätzen stehen enorme Potenziale für die Stromerzeugung durch Photovoltaik bereit. Diese müssen in größtmöglichem Umfang schnellstmöglich genutzt werden.

101 Gerade im Bereich von Neubauten ist die Integration von Photovoltaik oder
102 Solarthermie unproblematisch darstellbar. Wir fordern deshalb für alle Neubauten
103 in Lübeck eine Solarenergienutzungspflicht.

104 Wir unterstützen das Vorhaben, eine PV-Strategie für kommunale Dächer
105 aufzustellen. Durch einen Grundsatzbeschluss der Bürgerschaft wollen wir die
106 maximale Belegung geeigneter kommunaler Dächer mit PV-Anlagen festschreiben.
107 Die städtischen Investitionen für die Ausstattung kommunaler Dächer und Flächen
108 mit PV-Anlagen wollen wir deutlich erhöhen. Um dem zunehmenden Umfang der
109 erforderlichen Planung und Umsetzung bei der Ausrüstung der verfügbaren Flächen
110 mit PV-Anlagen gerecht zu werden, unterstützen wir die Schaffung notwendiger
111 Stellen in der Bauverwaltung.

112 **Klimaneutrale Wärme für Lübeck**

113 Um die Lübecker Klimaziele zu erreichen, müssen bis 2040 die fossilen Heizungen
114 in den Lübecker Wohnungen, Häusern und Unternehmen von den Eigentümern durch
115 regenerative Alternativen ersetzt werden, eine signifikante finanzielle
116 Herausforderung. Es existieren hierfür bereits umfangreiche Förderungen von Bund
117 und Land. Wir wollen diese Unterstützung aufstocken, insbesondere auch um
118 soziale Härten zu vermeiden.

119 Um die Lübecker Klimaziele zu erreichen, müssen bis 2040 die fossilen Heizungen
120 in den Lübecker Wohnungen, Häusern und Unternehmen von den Eigentümern durch
121 regenerative Alternativen ersetzt werden, eine signifikante finanzielle
122 Herausforderung. Es existieren hierfür bereits umfangreiche Förderungen von Bund
123 und Land. Wir wollen diese Unterstützung aufstocken, insbesondere auch um
124 soziale Härten zu vermeiden. Die Umstellung der bisher noch fast ausschliesslich
125 fossilen Wärmeerzeugung der Stadtwerke Lübeck für Nah- und Fernwärme auf
126 regenerative Wärmequellen ist eine enorme finanzielle und technische
127 Herausforderung. Wir begrüßen daher die ersten Pilotprojekte der Stadtwerke für
128 regenerativer Wärmeerzeugung, es bedarf aber einer deutlichen Steigerung des
129 bisher geplanten Investitionsvolumens in den kommenden Jahren, um die bestehenden
130 Klimaziele zu erreichen. Insbesondere dürfen von den Stadtwerken keine neuen
131 fossilen Heizkraftwerke (und KWK) mehr errichtet werden. Stattdessen sind in
132 Erdboden, Gewässern und Abwässern große, regenerative Energiemengen verfügbar,
133 die durch den Einsatz von (Groß-)Wärmepumpen nutzbar gemacht werden sollten. Wir
134 sind bereit, diese Transformation auch mit Haushaltsmitteln zu unterstützen,
135 wenn notwendig. Die Ausweitung der zunehmend regenerativen Fern- und Nahwärme ist
136 ein wichtiger Hebel der Wärmewende, sowohl durch zusätzliche Netze als auch
137 durch zusätzliche Anschlüsse in den bestehenden Netzen. Entscheidend sind dabei
138 attraktive und wettbewerbsfähige Konditionen, die wir über die Stadtwerke
139 sicherstellen werden. Insgesamt müssen die Geschäftsziele der Stadtwerke als
140 kommunaler Betrieb darauf ausgerichtet werden, schnellstmöglich keine fossilen
141 Energieträger mehr zu nutzen und zu handeln.

In den bestehenden Fernwärmenetzen sollten die Vorlauftemperaturen überprüft und auf das minimal benötigte Niveau abgesenkt werden. Dies reduziert Übertragungsverluste und verbessert die Nutzung erneuerbarer Energien erheblich. Die Ausweitung von Fernwärmenetzen streben wir prinzipiell an, solange es sinnvoller ist als eine dezentrale hauseigene Wärmeversorgung.

Die Kapazitäten der Stromnetze müssen bedarfsgerecht erhöht werden, um insbesondere die Versorgung von Wärmepumpen und E-Mobilität sicherzustellen.. Dies schließt explizit die Entwicklung der notwendigen Speicherkapazitäten ein.
Den Aufbau dieser Infrastruktur für eine sichere, klimaneutrale Energieversorgung werden wir schnellstmöglich mit Nachdruck voranbringen.

Energie einsparen

Das Einsparen von Strom und Gas ist nicht nur wichtig, um Treibhausgasemissionen zu vermeiden, sondern ist auch ein wichtiger Beitrag, um die Folgen der gestiegenen Energiepreise abzumindern.

Wir fordern eine städtische Öffentlichkeitskampagne und fortlaufende Aktionen, um Bürger*innen die Einsparpotenziale durch Verhaltensänderungen aufzuzeigen. Auch in Lübecker Unternehmen sind viele Einsparpotentiale vorhanden, auch durch rentable Investitionen, die bisher nicht realisiert werden, weil die Aufgaben des Kerngeschäfts zu wenig Kapazitäten für deren Analyse und Umsetzung lassen. Hierfür werden wir qualifizierte Beratungsangebote auf- und ausbauen, die dort unterstützen.

Auch in der Verwaltung der Hansestadt bestehen umfangreiche Energieeinsparpotentiale. Zum Teil werden diese bisher wegen begrenzter Personalressourcen nicht umgesetzt. Dazu zählen z.B. die Umrüstung der Beleuchtung in städtischen Gebäuden auf LED-Leuchten, wo dies noch nicht geschehen ist, die Umrüstung der Flutlichtanlagen auf Sportplätzen und der Gaslaternen in der Altstadt. Hier werden wir durch personelle Aufstockung dafür sorgen, dass in Lübeck Emissionen und Geld gespart werden. Zusätzlich wollen wir in Lübeck ein sogenanntes und gefördertes "Kommunales Energiemanagement" einführen, bei in einem strukturierten Prozess Einsparpotentiale analysiert und umgesetzt werden.

Kompetenzen für Klimaneutralität in Lübeck

In Lübeck ist mit Einrichtungen wie dem Wasserstoff-Kompetenzzentrum an der TH Lübeck, der Klimaleitstelle, verschiedenen Organisationen wie der BürgerEnergie und kompetenten Planer*innen bereits eine große, lokale Expertise vorhanden. Diese Expertise wollen wir in die Prozesse zur Umstellung auf erneuerbare Energien einbinden und weiter ausbauen.

Hierfür wollen wir auch die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen (z.B. Politik und Verwaltung in Stadt und Land, Forschung und Wirtschaft) stärken.

Wir wollen auch weiteren Quellen großer Energieverbräuche und CO₂-Ausstöße identifizieren und ausräumen. Dafür fordern wir einen KLima-Check für Stadt und Unternehmen, der Geschäftsprozesse, Beschaffungsketten und Gebäude einschließt.

Wir fordern den Bau des schon mehrfach geplanten Klimahauses an der TH Lübeck mit dem Ziel der Vermittlung und Beratung zu Klimaschutz insbesondere im Energiebereich für Bürger*innen, Schulen, Unternehmen, Vereine und Verbände.

Lübecks Umwelt schützen

Lübeck fit für die Zukunft machen! - Klimaanpassung

Trotz aller Anstrengungen für den Klimaschutz werden die Folgen der Klimakrise auch vor Lübeck nicht haltmachen. Daher sind neben Klimaschutzbestrebungen auch Maßnahmen der Klimafolgenanpassung notwendig. Das 2020 von der Lübecker Bürgerschaft beschlossene Klimaanpassungskonzept soll konsequent und beschleunigt umgesetzt und Klimaanpassung in Zukunft bei allen Planungen mitgedacht werden.

Zu erwarten sind in Zukunft vermehrt: Starkregenereignisse, Trave- und Ostseehochwasser, Trockenheit und Dürreperioden, Hitzewellen, Winterlicher Dauerregen und mittelfristig ein Anstieg des Meeresspiegels.

Wir fordern deshalb, dass Lübeck sich die nachhaltige Regenwasserbewirtschaftung zum Ziel setzt und Planungen am „Prinzip Schwammstadt“ orientiert. Hierbei wird anfallendes Regenwasser lokal und dezentral gespeichert und nicht zentral abgeleitet, was bei Starkregen die Kanalisation überfordert und das Risiko für Überschwemmungen erhöht. In einer "Schwammstadt" dagegen verdunstet und versickert das Regenwasser in längeren Zeiträumen und über die ganze Stadt verteilt. Maßnahmen zur Versickerung und Verdunstung sind zum Beispiel Regenwasserrückhalt und Entsiegelung.

Durch die dezentrale Speicherung von Regenwasser entsteht auch ein Wasservorrat für Dürre- und Hitzezeiten.

Unversiegelte Flächen spielen nicht nur im Kontext der Wasserbewirtschaftung eine wichtige Rolle. Wir setzen uns daher für den Schutz dieser ein.

Parkplätze sollen wenn möglich entsiegelt und bei Neuanlage wasserdurchlässig geplant werden.

Zur Verbesserung des Wasserhaushalts und aus Gründen der Beschattung sollen an allen geeigneten Stellen im Stadtgebiet großkronige Bäume gepflanzt werden. Auch die Lübecker Altstadt wollen wir weiter begrünen, beispielsweise die Plätze Koberg, Klingenberg, Drehbrückenplatz und Schrammen. Klimarobuste Arten werden dabei zunehmend an Bedeutung gewinnen. Bei Bauvorhaben wollen wir Stadt-, Straßen- und Alleegebäume besser als bisher schützen.

Die Gestaltung und das Management von Grünflächen sollen nach einheitlichen ökologischen Standards erfolgen. Hierbei sollen die unterschiedlichen Fachbereiche der Stadt in enger Abstimmung stehen. Das Grünflächenmanagement muss personell und finanziell besser ausgestattet werden.

Für das einmalige Gartendenkmal der Wallanlagen fordern wir die sofortige Sanierung und Wiederherstellung. Dieser grüne Ring um die Innenstadt ist eine kostenlose Klimaanlage für die Innenstadt im Sommer, sowie Sport- und Erholungsfläche in zentraler Lage.

Die Landesbauordnung sieht aus gutem Grund die Begrünung der nicht überbauten Grundstücksflächen vor. Sogenannte „Schottergärten“ sind somit grundsätzlich nicht zulässig. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Maßgaben konsequenter und mit zusätzlichem Personal umgesetzt und kontrolliert werden. Außerdem fordern wir eine vermehrte Aufklärung über eine naturnahe Gartengestaltung.

Intakte Frisch- und Kaltluftschneisen dürfen nicht bebaut werden, um die dichter besiedelten Stadtteile vor sommerlicher Überhitzung zu schützen. Diese Freihaltung hat Priorität bei möglichen Zielkonflikten mit anderen städtebaulichen Planungen. Wir setzen uns für die unverzügliche Umsetzung der Ziele des Klimalandchaftsplanes im Rahmen des Flächennutzungsplanes ein.

Lübeck soll grüner werden! - Naturschutz und Biodiversität

Lübeck besitzt durch weiträumige Grünflächen, Feuchtgebiete, Moore und große Wasserflächen sowie den Lübecker Stadtwald einzigartige Voraussetzungen für stadtnahen Naturschutz. Diese grüne Infrastruktur, inklusive der reichhaltigen Flora und Fauna, zu schützen und aufzuwerten ist uns ein Anliegen. Neben der Klimakrise ist das Aussterben der Biodiversität die große Herausforderung dieses Jahrhunderts.

Neben der Klimakrise ist das Aussterben der Biodiversität die große

251 Herausforderung dieses Jahrhunderts.

252 Die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt beeinflussen sich
253 gegenseitig und haben zu einem großen Teil die gleichen Lösungen. Klimaschutz,
254 Klimaanpassung und Naturschutz können und müssen daher zusammen gedacht werden.

255 Mit der Umsetzung einiger Maßnahmen des Masterplans Klimaschutz wurde bereits
256 begonnen, allerdings sind die personellen Kapazitäten für die zeitnahe
257 Bearbeitung nicht ausreichend. Wir fordern daher die personelle Aufstockung im
258 Bereich Umwelt/Naturschutz/Verbraucherschutz um mindestens zwei Stellen.

259 Aus landwirtschaftlich genutzten ehemaligen Moorböden entweicht viel CO₂ in die
260 Atmosphäre. Mit angepasster Nutzung können diese organischen Böden mit
261 extensiver Bewirtschaftung langfristig viel Kohlenstoff binden.

262 Hierzu sollen die bestehenden Pachtverträge überprüft und angepasst und die
263 Wasserstände auf Flächen, wo Feuchtgrünland möglich ist, angehoben werden. Zur
264 Finanzierung sollen auch bestehende Fördermaßnahmen des Landes ausgeschöpft
265 werden.

266 Entwässerte Kernmoore sollen wiedervernässt werden. Die Wiedervernässung
267 entwässerter Moore setzt das Torfwachstum in Gang und bewirkt eine Umwandlung
268 der Moorböden von CO₂-Quellen zu CO₂-Senken. Bei der Speicherung von CO₂ spielen
269 Moore mit einem intakten Wasserhaushalt eine besondere Rolle, da Moorböden CO₂
270 langfristig binden.

271 Zu diesem Zweck sollen mit Hilfe von Tauschflächen für Landwirt*innen Flächen
272 erworben werden, um z.B. beim Krummesser Moor mit der Wiedervernässung zu
273 beginnen.

274 Die stadteigenen Güter Lübecks sollen bei Neuverpachtung an Betriebe vergeben
275 werden, die nach den Kriterien des ökologischen Landbaus wirtschaften. Dies ist
276 bei drei von vier Stadtgütern bereits erfolgt und soll weiter fortgeführt
277 werden.

278 Für optimiertes Humusmanagement sollen konventionell wirtschaftende
279 Landwirt*innen motiviert werden. Außerdem soll es dafür Auflagen in den
280 städtischen Pachtverträgen geben.

281 Landwirt:innen sind unverzichtbare Partner:innen bei der Umsetzung von Klima-
282 und Naturschutzmaßnahmen. Um eine sinnvolle, kostendeckende sowie ertrag- und
283 gewinnbringende Landnutzung mit den Zielen des Natur- und Klimaschutzes in
284 Einklang zu bringen, müssen sich alle Akteur:innen (Landwirt:innen, Jäger:innen,
285 private Grundstücks- und Waldeigentümer:innen, Umweltverbände und die

Verwaltung) vernetzen. Das Ziel ist, auch auf privaten Flächen ökologisch angepasster zu wirtschaften. Um die Kohlenstoffbindung in landwirtschaftlich genutzten Oberböden zu erhöhen, soll die Stadt Lübeck auf Ackerflächen des Stadtgebietes die Wirtschaftsweise des ökologischen Landbaus anstreben. Zu diesem Zweck wollen wir einen Runden Tisch Landwirtschaft ins Leben rufen.

Wir Grünen in Lübeck setzen uns für den weiteren konsequenten Schutz von Knicks im Stadtgebiet ein. Wo immer möglich und sinnvoll, sollte die Neuanlage von Knicks geprüft und durchgeführt werden. Falls ein intakter Knick beseitigt werden muss, muss eine ausreichend große Ersatzpflanzung an geeigneter Stelle durchgeführt werden.

Der Lübecker Stadtwald ist mit seiner naturnahen Waldbewirtschaftung, des sogenannten „Lübecker Waldkonzepts“ weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und ein Vorbild für viele andere Wälder. Wir Lübecker Grünen befürworten diesen Ansatz und unterstützen eine Weiterentwicklung des Konzepts. Wir wollen Ackerflächen, die sich an die bestehenden Waldflächen anschließen, in Wald umwandeln, um einen „grünen Ring“ um Lübeck zu ziehen, der möglichst an andere Wälder oder naturnahe Flächen anknüpfen soll, um die Biodiversität zu erhöhen.

Das gezielte Anpflanzen von Blühpflanzen oder Wildblumen auf nicht intensiv genutzten öffentlichen Flächen wirkt sich positiv auf die Biodiversität in der Stadt aus. Derartige Maßnahmen haben neben einer Sensibilisierung der Bevölkerung auch eine Erhöhung der Attraktivität des städtischen Umfeldes zur Folge. Wir fordern daher biodiversitätsfördernde Gestaltung und Begrünung hierfür geeigneter städtischer Flächen, Grünflächen, Parks, Verkehrsinseln, Randstreifen jeglicher Art und Versickerungsstreifen an Straßen.

Bei Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern sowie bei extensiven Blühstreifen soll auf regional angepasstes Pflanzgut geachtet werden. Sofern aus Gründen der Hitzeresistenz an bestimmten Stellen klimarobusten Arten der Vorzug gegeben werden muss, ist jeweils eine sorgfältige Abwägung erforderlich.

Alle Strassenränder sollen zum Schutz der Insekten weniger oft gemäht werden. Pflanzenschutzmittel sowie mineralische Dünger sollen auf öffentlichen Grünflächen weder von der Stadt Lübeck noch von Fremdanbietern angewendet werden.

Zum Schutz von Insekten und anderen nachtaktiven Tieren wollen wir uns dafür einsetzen, dass das Beleuchtungskonzept der Stadt geprüft und gegebenenfalls erneuert wird, um geeignete Maßnahmen gegen unnötige Lichtverschmutzung zu ergreifen.

Der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen zum Thema

Biodiversität und Biotopvernetzung über die Stadtgrenzen hinaus soll intensiviert und ausgebaut werden.

Kleingärten sind Orte der Erholung, Selbstversorgung und Gemeinschaft und können bei ausreichender und naturnaher Vielfalt der Bepflanzung einen wichtigen Beitrag zur städtischen Artenvielfalt leisten. Um den Bestand an Kleingärten zu sichern und zu erhalten, wollen wir Bewirtschaftung und Strukturen zukunftsfähig gestalten. Ein runder Tisch Kleingärten soll mit Nutzer*innen (Kleingärtner*innen, Grünem Kreis, Bielefeld-Gärten und weiteren Interessierten) alternative und klimasichere Formen der Nutzung entwickeln und die Umweltbildung stärken.

Urban Gardening und das Konzept der „Essbaren Stadt“ wollen wir unter Mitwirkung der Bürger*innen stärken, ausbauen, vernetzen und in alle Stadtteile bringen.

Wir unterstützen das neue Konzept für das Museum für Natur und Umwelt. Als ersten Schritt fordern wir eine Stelle für Umweltpädagogik, die an das Museum angegliedert sein soll.

Das private Lübecker Tierheim erfüllt eine wichtige kommunale Aufgabe. Die finanziellen Mittel dafür wollen wir ausreichend aufstocken. Das Veterinäramt Lübeck ist personell und organisatorisch mit einer zusätzlichen Planstelle besser auszustatten.

Ostsee schützen

Meeresschutz ist Klimaschutz - denn Meere sind Teil des globalen Klimasystems und speichern sehr große Mengen CO₂. Unsere Ostsee ist Erholungsraum, Tourismus-, Wirtschafts- und Standortfaktor sowie ein verbindendes Element der hanseatischen Geschichte. Doch ihre Biotope und Artengemeinschaften sind in vielfältiger Hinsicht gefährdet: Sie beginnen zu versauern und werden immer wärmer, eingebrachte Nährstoffe führen zur „Überdüngung“ und Entstehung von Sauerstoffmangelgebieten, sog. „Todeszonen“. Der Eintrag von Müll und Mikroplastik sowie die Munitionsaltslasten belasten das Meer vor „unserer Haustür“ zusätzlich.

Wir wollen Lübeck nach dem Vorbild Kiels zur "Meeresschutzstadt" entwickeln und unterstützen die Einrichtung eines Nationalparks Ostsee.

Wir wollen lokale Stakeholder aus Wissenschaft, Umweltschutz, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen und in Projekten wie "Meeresschutzstädte" oder "ocean-summit" vernetzen.

Wir wollen unsere Ostsee besser schützen, ihre Nutzung nachhaltiger gestalten und ihre Biodiversität und unser aller Lebensgrundlage langfristig erhalten.

Gewässer

Seit geraumer Zeit steigt der Nährstoffgehalt im Gewässersystem Schaalsee-
Küchensee- Ratzeburger See- Wakenitz- Krähenteich- Mühlenteich. Dies führt zu
einem extremen Algenwachstum, insbesondere in Wakenitz, Krähenteich und
Mühlenteich, was zu großen Einschränkungen, beispielsweise für Segelvereine,
führt.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein neues Fördervorhaben initiiert wird, das
umfassend alle Nährstoffeinträge in das Gewässersystem Ratzeburger See-
Wakenitz- Krähenteich und Mühlenteich reduziert. In diesem Fördervorhaben müssen
die Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg Vorpommern und die Kreise
Nordwestmecklenburg, Lauenburg und Lübeck zusammen alle Einleiter, auch
Regenwassereinleiter, ermitteln und Maßnahmen vereinbaren, die die
Nährstofffrachten reduzieren.

Kleingewässer und Teiche trocknen in den letzten Jahren immer häufiger aus und
füllen sich auch in Regenperioden nicht wieder mit Wasser, weil der
Grundwasserspiegel zu tief gefallen ist; das hat katastrophale Folgen für
Wasserpflanzen, Fische, Amphibien, Libellen und Vögel. Wir werden uns für ein
Monitoring- und Hilfsprogramm einsetzen, um diese wichtigen Biotope in der
Landschaft zu erhalten.

Mehr Nachhaltigkeit in Lübeck

Das Projekt ÖKOPROFIT® (Ökologisches Projekt für integrierte Umwelt Technik) ist
ein individuelles Beratungs- und Zertifizierungsprojekt speziell für kleinere
und mittelständische Betriebe zu Energieeinsparung, Kostensenkung und
Umweltmanagement. ÖKOPROFIT® soll in Lübeck noch bekannter gemacht,
weitergeführt und gestärkt werden.

Auch das „Klimaforum“ als Vernetzungsort zwischen Wissenschaft, Wirtschaft,
Bürger*innen und Politik wollen wir weiterführen und ausbauen.

Bei der städtischen Beschaffung wollen wir uns noch stärker an nachhaltigen
Kriterien orientieren. Das betrifft Baustoffe, aber auch Produkte des täglichen
Bedarfes, vom Kaffee oder Papier bis zu Sportgeräten wie Bällen oder Textilien
(z.B. Bekleidung Ordnungsdienst). Lübeck als „Fairtrade Stadt“ muss bei der
Beschaffung mit gutem Beispiel voran gehen und Produkte nutzen, die ohne
Kinderarbeit, umweltschädliche Produktion und Abfälle erzeugt werden. Diese
Beschaffungskriterien wollen wir verschärfen und verpflichtend machen.